

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Sitzverteilung: Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Über den Inhalt der Zeitung erhalten die Leser durch die Post für den Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. H. Schöler, Düsseldorf, Konradstraße 7.
Druck und Versand Joh. von Nitzsch, Düsseldorf, Löh. Konradstraße Nr. 69-71.
Preis: 45 Pf.

Des Kaisers Friedenswille.

Immer wieder haben unsere Gegner die Anklage erhoben, daß der Krieg von Deutschland gewollt und herbeigeführt sei und daß den Kaiser die Schuld treffe, das Feuer entzündet zu haben, das die ganze Welt in Brand gesetzt hat. Wir wissen alle, daß diese Verleumdung die Wahrheit auf den Kopf stellt; aber gegenüber der beständigen Wiederholung, durch die unsere Gegner sie der Welt einzuhämmern suchen, ist es immer wieder nötig, an die Tatsachen zu erinnern, die den Friedenswillen des Kaisers für jeden unbefangenen Sinn ganz klar erweisen.

Als Wilhelm II. im Jahre 1913 sein 25-jähriges Regierungsjubiläum beging, da wurde bei uns keines seiner Verdienste mehr gerühmt als das, daß er seine ganze Regierung hindurch mit Eifer und Erfolg bestrebt gewesen war, den Frieden zu bewahren, unter dem Deutschland herrlicher denn je aufgeblüht war in Wirtschaft und Technik, in Bildung und Gerechtigkeit, in Macht und Wohlfahrt. Es liegt eine herbe Tragik in dem Schicksal, daß gerade diesem Friedenskaiser das Schwert in die Hand gezwungen worden ist zur Verteidigung der deutschen Ehre, der Macht und Wohlfahrt unseres Volkes, der Zukunft des Reiches.

Als die ruchlose Mordtat von Serajewo zu einem scharfen Konflikt und schließlich zum Kriege zwischen Oesterreich und Serbien führte, befand sich der Kaiser, wie alljährlich um diese Zeit, auf seiner Nordlandreise; es ist aber nicht zu bezweifeln, daß alle politischen Schritte des Auswärtigen Amtes in beständiger Fühlung mit seiner Person getan worden sind.

Deutschland vertrat in dieser Verwicklung von Anfang an mit maßvoller Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien lediglich die Sache dieser beiden Staaten selbst sei, daß kein Kulturstaat, auch Rußland nicht, das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Oesterreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. Sir Edward Grey, der englische auswärtige Minister, machte dagegen am 26. Juli den Vorschlag, den Streit zwischen der Monarchie und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Frankreich stimmte diesem Vorschlage zu, aber Deutschland erklärte, bei aller Billigung der Friedensabsicht, sich an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen zu können, da es gegen seine grundsätzliche Auffassung verstieße, Oesterreich wegen des Handels mit Serbien vor ein Gericht der europäischen Mächte zu zitieren. Deutschland schlug vielmehr zur Abwendung des drohenden Konfliktes zwischen Rußland und Oesterreich unmittelbare Verhandlungen zwischen diesen beiden Mächten vor, und auch Grey konnte nicht umhin, anzuerkennen, daß dieser Weg allen anderen bei weitem vorzuziehen sein würde.

Am 28. Juli kehrte der Kaiser nach Deutschland zurück und sandte am Abend dieses Tages dem Zaren ein Telegramm, in dem er, unter Anerkennung der schwierigen Lage, in der sich die russische Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung befinde, und unter Hinweis auf die herzliche Freundschaft, durch die beide Herrscher verbunden seien, mitteilte, er sehe seinen ganzen Einfluß ein, um Oesterreich-Ungarn

dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Der Zar antwortete darauf mit der inständigen Bitte, daß der Deutsche Kaiser die Vermittlung zwischen Rußland und Oesterreich übernehmen möge. Er sprach dabei, ohne des Mordes von Serajewo mit einer Silbe zu gedenken, nur von dem schmachvollen Kriege, der an ein schwaches Land erklärt worden sei — eine Auffassung, der denn auch der Deutsche Kaiser in seiner Antwort nachdrücklich entgegentrat; aber die Vermittlung wurde angenommen und eifrig ins Werk gesetzt. Am 30. Juli telegraphierte der Zar: „Wir brauchen Deinen starken Druck auf Oesterreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.“ Ein solcher Druck ist auch wirklich von der deutschen Regierung ausgeübt worden, bis an die Grenze dessen, was sich mit dem Freundschafts- und Bundesverhältnis vertragen. Am Abend des 30. Juli entschloß sich die Wiener Regierung, die Ratsschlüsse Deutschlands anzunehmen, um zu einer Vereinbarung mit Rußland zu gelangen. Aber die Verhandlungen waren bereits zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Die Lage erfuhr eine entscheidende Veränderung dadurch, daß Rußland sich nicht mit der bereits angeordneten Teilmobilmachung gegen Oesterreich begnügte, sondern daß eben damals zuverlässige Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen auch an der preußischen Grenze nach Berlin kamen. In demselben Moment, in dem der Zar den Kaiser um seine Vermittlung zur Erhaltung des Friedens bat, traf er kriegerische Maßregeln, die eine schwere Bedrohung Deutschlands enthielten.

Der Kaiser stellte diesen Tatbestand in einem Telegramm an den Zaren vom 31. Juli fest. Er ließ keinen Zweifel darüber, was früher auch schon auf diplomatischem Wege angedeutet worden war, daß die russischen Maßregeln Gegenmaßregeln zur Verteidigung von deutscher Seite hervorrufen müßten. Er erklärte, daß er mit seinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen sei; er schob dem Zaren die Verantwortung für das Unheil zu, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt drohe. Er schloß mit einem Appell an den Zaren, die Bewahrung des Friedens zu ermöglichen durch den Entschluß zur Einstellung der militärischen Maßnahmen, mit denen Rußland Oesterreich und Deutschland bedrohte. Ehe noch dies Telegramm seine Wirkung tun konnte, kam die Nachricht, daß die Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande gerade auch gegen Deutschland im vollen Gange sei. Es wurde klar, daß die Absicht eines Ueberfalls bestand. Bei dem zeitlichen Vorsprung der russischen Rüstungen war kein Tag mehr zu verlieren; sonst wäre die Sicherheit des Reiches aufs schwerste gefährdet worden. Ein Ultimatum an die russische Regierung forderte innerhalb 24 Stunden eine Erklärung über die Einstellung der militärischen Maßnahmen, und da keine Antwort darauf erfolgte, so setzte der deutsche Botschafter die russische Regierung davon in Kenntnis, daß der Kaiser im Namen des Reiches die Herausforderung annehme und sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich betrachte. Am 1. August, 5 Uhr nachmittags, ordnete der Kaiser die allgemeine Mobilmachung der deutschen Streitkräfte an. Es ist also die russische Mobilmachung gewesen, die den Krieg herbeigeführt hat; diese Tatsache ist nicht nur in Rußland, sondern auch in Frankreich und England der Öffentlichkeit geoffenbart worden; nur auf Grund

dieser Unterschlagung war es möglich, dem Kaiser die Schuld an dem Kriege zuzuschreiben.

Es ließ sich erwarten, daß nach den bestehenden Bündnisverpflichtungen Frankreich, das ja von jeher der Herd aller Feindseligkeiten gegen Deutschland gewesen war, als Verbündeter Rußlands an dem Kriege teilnehmen werde. Infolgedessen wurde nun auch an die französische Regierung, die ebenfalls schon Kriegsvorbereitungen getroffen hatte, die Anfrage gestellt, wie sie sich im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland verhalten werde. Die französische Regierung gab die unbefriedigende, feindselig klingende Antwort, sie werde tun, was ihre Interessen ihr gebieten würden. Was ihre Interessen ihr geboten, zeigt die Tatsache, daß sie schon am Abend des 30. Juli in Petersburg unbedingte Waffenhilfe zugesagt hatte und daß schon vor der Kriegserklärung französische Kavalleriepatrouillen und ganze Kompagnien die Grenze überschritten. Einen Moment lang hatte es geschienen, als ob es möglich sein werde, nicht bloß England, sondern auch Frankreich in der Neutralität zu erhalten. Sir Edward Grey fragte am 1. August bei dem deutschen Botschafter, Fürsten Lichnowsky, telephonisch an, ob für den Fall, daß Frankreich neutral bleibe, Deutschland sich eines Angriffs auf die Franzosen enthalten würde. Der Botschafter antwortete, er glaube die Frage bejahen zu können, und der Kaiser erklärte in einem Telegramm an den König von England, daß ein Angriff auf Frankreich unterbleiben werde, wenn die französische Regierung ihre Neutralität anbiete und diese durch die englische Armee und Flotte garantiert werde. Man erklärte aber jetzt in England die Anregung für ein Mißverständnis.

Am 2. August hat England der französischen Regierung seine Hilfe zugesagt für den Fall, daß Deutschland mit seiner Flotte gegen die Küste Frankreichs vorgehen werde. England hat es vermieden, während der kritischen Tage eine Einwirkung auf Rußland im Sinne der Erhaltung des Friedens auszuüben. Was Deutschland Oesterreich gegenüber tat, hat England Rußland gegenüber unterlassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Rußland bei seinem Entschluß zum Kriege mit Sicherheit auf die englische Bundesgenossenschaft gerechnet hat und daß es guten Grund zu dieser Hoffnung hatte. Nicht erst unser Einmarsch in Belgien hat die englische Regierung zum Eintritt in den Krieg bestimmt; dies hat vielmehr nur den Vorwand für die Kriegserklärung geliefert. Wir können die Sache umkehren und behaupten, daß erst die sicher in Aussicht stehende Beteiligung Englands am Kriege uns gezwungen hat, in Belgien einzurücken, damit nicht Engländer und Franzosen uns darin zuvorkamen und von dort aus über die ungeschützte Grenze in unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet vorbrächen. Denn der Kaiser hatte an England erklären lassen, daß Deutschland bereit sei, die belgische Neutralität zu respektieren, wenn England neutral bleibe. Das hat Grey nicht nur abgelehnt, sondern auch seinen Ministerkollegen und der Öffentlichkeit verschwiegen. Man sieht, auf welcher Seite der Wille zum Krieg und zum Frieden war.

Es ist die ungeheuerlichste Geschichtsfälschung, die den unzweifelhaften Friedenswillen unseres Kaisers in das Gegenteil verkehrt hat, um die öffentliche Meinung in England und Frankreich für den Krieg zu stimmen.

In entscheidungsschwerer Stunde.

Wir leben zur Zeit in einer Hochspannung, wie kaum je im Laufe dieses Krieges. Der Uebergang von der alten zur neuen Ernte türmt von allen Seiten Schwierigkeiten auf. Darunter leidet insbesondere die Arbeiterschaft, die ihre Kräfte fast im Uebermaß verausgaben muß, aber nicht die Möglichkeit hat, für genügenden Kräfteersatz durch eine regelmäßige Ernährung zu sorgen. Die Unruhen, die daraus erwachsen, greifen natürlich auf das ganze Volk über. Die Stimmung des Volkes droht darunter zu leiden. So haben wir heute die eigenartig berührende Tatsache zu verzeichnen, daß wir militärisch hervorragend stehen, daß wir aber andererseits im Innern unter ständigen Explosionen der Volksstimmung leiden.

In solcher Lage, so schreibt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften, hat kein Wort mehr Bedeutung, als dasjenige Hindenburgs von den stärksten Nerven. Wer in diesem Kriege die stärksten Nerven behält, so hat der große Feldmarschall immer wieder gesagt, dem wird der Sieg zufallen. Auch an die Arbeiterschaft muß, weil dieses Wort jetzt seine ganze Wahrheit beweist, der eindringliche Appell gerichtet werden, des Wortes von den stärksten Nerven immer eingedenk zu bleiben. Wir verlangen von der Arbeiterschaft nicht, daß sie zähneknirschend die Verstimmung über die jetzige mißliche Ernährungslage hinunterschluckt. Es mögen vielmehr gerechte Klagen laut und nachdrücklich vorgebracht werden. Das sollte aber in Ruhe und mit der Ueberlegung geschehen, daß wir zu den Vorräten, die jetzt wie der Schnee vor der Sonne dahinschmelzen, solange nichts hinzufügen können, als uns nicht die Natur eine neue Ernte zur Verfügung stellt. Mit anderen Worten: wir müssen stets eingedenk bleiben, daß etwaige Ausstände und Demonstrationen wegen der Ernährungslage unsere Vorräte um nichts vermehren und daher höchstensfalls nur dann berechtigt sein könnten, wenn durch Böswilligkeit der Behörden oder dergleichen in der Verteilung des Vorhandenen Mißstände zutage treten. So sehr wir der schwierigen Lage Verständnis entgegenbringen, so sehr halten wir uns doch für verpflichtet, zu mahnen: Sorgen wir dafür, daß wir nicht in der Erregung der nächsten Wochen das preisgeben, was uns die Jahre unendlicher Mühen des Weltkrieges eingebracht haben.

Wir dürfen diese Mahnung mit um so mehr Berechtigung aussprechen, als gerade jetzt auf dem Gebiete der inneren Politik der Beweis geliefert wird, daß den Wünschen der Arbeiterschaft in Bezug auf eine freierliche Gestaltung wichtigster öffentlicher Einrichtungen Rechnung getragen werden soll. Schon steht fest, daß die Abänderung des Wahlrechtes zum Preussischen Abgeordnetenhaus im Sinne der Arbeiterwünsche erfolgen soll und so diejenige Frage ausgeräumt werden soll, die die ganze innere Politik der letzten Jahre immer wieder aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Weitere Maßnahmen auf der gleichen Linie sind noch zu erwarten. Es ist hier nicht der Ort, eingehender auf diese politischen Gegenstände einzugehen. Nur sollte auch daraus die richtige Folgerung gezogen werden, daß nämlich auf diese Weise immer mehr Sicherheiten geboten werden, um der breiten Masse des Volkes den größtmöglichen Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu geben.

Auch diese Errungenschaften würden aber gefährdet werden, wenn wir den ruhigen Gang unseres Zusammenlebens in dieser entscheidungsschweren Zeit durch nervöse Erregung unterbrechen wollten, weil dadurch der Reaktion vor deren völligem Zusammenbruch noch einmal ein Rettungsanker geboten würde. Allerdings darf an die Volksvertretung und an die Regierungskreise die nachdrückliche Forderung gestellt werden, daß sie nicht, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, durch ihr Gebaren, durch ihre sensationelle und phantastisch ausschweifende Behandlung der wichtigsten Fragen neue Nervendementirung in das Volk hineinleiten. Von ihnen muß erst recht verlangt werden, daß sie sich in strenger Selbstzucht halten und dem Volk ein erhebendes Beispiel geben, nicht aber durch das Herumtragen allerhand dunkler Gerüchte dem Volk das Durchhalten gerade in der kritischsten Zeit des ganzen Krieges erschweren.

Wir hoffen zuversichtlich, daß letzten Endes doch noch das deutsche Volk nach der Mahnung Hindenburgs die stärksten Nerven zeigen und so den Sieg, den wir durch die glänzendsten Schlachten der Weltgeschichte ehrlich verdient haben, nun auch wirklich an seine Fahnen heften wird!

Uebergangswirtschaft.

Die Gewerkschaftsorganisationen und Angestelltenverbände, wie Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerbetreibenden (H.-D.), Polnische Berufsvereinigung, Arbeitsgemeinschaft für einheitliches An-

gestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände, haben am 30. Juni d. Js. eine Petition an den Bundesrat und Reichstag gerichtet über die gewerkschaftlichen Forderungen für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Die umfangreiche Petition umfaßt mit einer ausführlichen Begründung folgende Abschnitte: Wirtschaftliche Maßnahmen, Lebensmittelversorgung, Arbeitsvermittlung, Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterschutzes, Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige, Wohnungsfragen. Leider können wir infolge Platzmangels nicht auf den Inhalt dieser Forderungen eingehen.

Die Reichsregierung hat für die Arbeiten der Übergangswirtschaft aus dem Krieg in den Frieden ein besonderes Reichskommissariat gebildet. Diesem soll ein Beirat angegliedert werden, der ungefähr 350 bis 370 Personen aus allen Interessentkreisen umfaßt. Unter dieser großen Zahl befinden sich auch 7 Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenverbände. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Kommissariats ist die geringe Vertretung der arbeitenden Bevölkerung sehr bedauerlich, ebenso wie die Arbeitsfähigkeit dieses großen Beirats sehr fraglich ist.

Nun sollen in den einzelnen Bundesstaaten für die in Betracht kommenden Zweige der Volkswirtschaft noch besondere Beiräte und Ausschüsse errichtet werden. Eine Vertretung der Arbeiterorganisationen in diesen Beiräten und Ausschüssen ist jedoch von den Regierungsvertretern abgelehnt worden. Für die Textilarbeiterschaft ist dies besonders bedauerlich. Die Textilindustrie ist wie keine andere in der Beschaffung der Rohstoffe hauptsächlich auf das überseeische Ausland angewiesen. Diese Zufuhr wird aber aus verschiedenen Gründen auch nach Friedensschluß nicht so leicht möglich sein, so daß gerade die Textilarbeiterschaft an der Regelung der Übergangswirtschaft ein sehr großes Interesse hat.

Die drei bestehenden Textilarbeiterorganisationen, Deutscher Textilarbeiterverband, Zentralverband Christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Gewerbeverein der Deutschen Textilarbeiter (S.-D.), haben deshalb Mitte Juli an den Reichstag eine ausführlich begründete Petition gesandt und darin ersucht:

Die Reichsregierung wolle zu den für die Textilindustrie errichteten Ausschüssen resp. Selbstverwaltungskörpern für die Übergangswirtschaft auch Vertreter der genannten Organisationen hinzuziehen.

Allgemeine Rundschau.

Wirtschaftlicher Jugendschutz.

Mit größter Entschiedenheit haben die verschiedenen Generalkommandos den Jugendschutz aufgegriffen und in weitgehender Form die Fürsorge für ein gedeihliches Heranreifen unserer Jugend und damit auch für eine glückliche Zukunft betätigt. Gleichwohl gewinnt es den Anschein, als ob nicht nur diese Vorschriften vielfach unwirksam und in ihrer Durchführung unkontrollierbar wären — es macht sich auf einem anderen Gebiete eine Fahrlässigkeit gegenüber unserer heranwachsenden männlichen und weiblichen Jugend geltend, die sich später einmal und zum Teil schon jetzt an Volk und Vaterland bitter rächen muß.

Wohl hat die harte Kriegsnotwendigkeit es mit sich gebracht, daß unter Beiseitesetzung mancher wichtiger Schutzvorschriften die jugendlichen Arbeitskräfte in erhöhtem Maße für die gewerbliche Tätigkeit in Fabrik und Werkstatt herangezogen werden. Das Vaterland braucht alle Kräfte und es müssen alle tätig sein in dieser ersten Entscheidungsstunde des Kampfes auf Leben und Tod. Aber es macht so den Eindruck, als ob die erleichterten Schutzbestimmungen heute schon allmählich zu einer vollständigen Willkür in der Beschäftigung Jugendlicher geführt hätten. Sonntagsarbeit, Überstunden, Nachtarbeit nehmen in großem Umfange zu. Krankheiten und Unfallziffern steigern sich in ganz beunruhigender Weise. Jugendliche Arbeiterinnen werden ganz aufgegeben

und verfallen heute schon unheilbaren Krankheiten und einem frühen Tode, was doch sicherlich nichts anderes als einen Raubbau an der Kraft des deutschen Volkes für die ganze Zukunft bedeutet.

Darum muß die gebieterische Forderung eben im Interesse des Vaterlandes erhoben werden, daß auch im dritten Kriegsjahre Maß und Ziel gehalten werden in der Verwendung und Ausnützung jugendlicher Arbeitskräfte, zumal die Jugend in ihrem Pubertätsalter mehr als andere Volkskreise auch unter der schlechten und geringen Ernährung leiden. Es soll die Schuldfrage hier nicht aufgeworfen werden. Sicherlich ist die erhöhte Verdienstmöglichkeit durch Überstunden und Sonntagsarbeit und noch mehr durch die Akkordarbeit für die Jugendlichen selbst ein starker Anreiz zur Ueberanstrengung; auch die Eltern mag dann und wann die Not oder auch der Wunsch, möglichst viel Geld durch die Jugendlichen ins Haus zu bekommen, dazu veranlassen. Aber die Jugendpflege und der Jugendschutz der Behörde sollten auch hier nach dem Rechten sehen und insbesondere in der Kriegsindustrie Nachschau halten, um zu erkennen, was wirkliches Bedürfnis und unbedingte Notwendigkeit oder nur Gewinnsucht und Ausnützung ist. Vergessen darf dabei nicht werden, daß eben auch die sittliche Widerstandskraft in den überarbeiteten und nervös überreizten und dabei unterernährten Jugendlichen lange nicht mehr so groß ist und diese so viel eher dem Laster in die Hände fallen.

Insbesondere hätten die Gewerbe-Inspektionen trotz ihrer vielseitigen Inanspruchnahme im Kriege vielfach gerade im Verkehr mit den Arbeitgebern die Möglichkeit und mehr als je die günstigste Gelegenheit, auf sie einzuwirken. Auch wie sonst Behörden den wirtschaftlichen Jugendschutz ausüben könnten, wäre zu überlegen, da doch wirklich im Sparzwang und im Kino- und Alkoholverbot nicht schon aller Jugendschutz erschöpft ist. Auch die Vereine für die körperliche und sittliche Erziehung der Jugendlichen hätten hier ein reiches Arbeitsfeld, da schließlich alle Wehrhaftmachung und religiöse Erziehung zum großen Teil erfolglos bleiben muß, wenn der Körper und der Geist der Jugendlichen unter der Last der Arbeiten zusammenbricht und erlahmt. In erhöhtem Maße jedoch müssen jetzt der Jugend Gelegenheiten zu Spielen und Wandern in arbeitsfreier Zeit geboten werden, damit recht oft die frische Luft der Berge und Wälder durch ihre verpesteten Lungen wehen kann, und Sonnenlicht und Sonnenkraft die Miasmen und Bazillen des Fabrikstaubes ertötet und die freie Bewegung der Glieder ohne den Taft der Maschinen neue Stärke und neue Freude in ihr hartes Leben trägt. Das aber ist notwendig, weil die Jugend unser zukünftiges Geschlecht werden soll, wie wir hoffen, zum Segen für Volk und Vaterland.

Die christlichen Gewerkschaften werden sich in der nächsten Zeit ganz besonders auf dem Gebiete der Jugendagitation betätigen.

Gewerbliche Betriebszählung.

Das Kriegsamt beabsichtigt die Vornahme einer gewerblichen Betriebszählung. Sie soll den Stand des deutschen Gewerbes um die Zeit des 15. August 1917, in einigen Punkten verglichen mit dem Stand vor Kriegsausbruch, erfassen. Durch den Krieg hat das Gewerbe eine solche Umwälzung erfahren, daß eine statistische Erfassung der augenblicklichen Verhältnisse nur begrüßt werden kann.

Ein Merkblatt für Kriegsbeschädigte.

Das Mannschaftsversorgungsgesetz wie die Versorgung der Angehörigen und Hinterbliebenen ist im Laufe des Krieges verschiedentlich verbessert worden. Mit Zustimmung des Bundesrats und Reichstags hat das Kriegsministerium die Bezüge der Versorgungsberechtigten erhöht. Es ist nun nicht leicht, eine Uebersicht über all diese Bestimmungen zu gewinnen, und selbst für die Sekretariate der Gewerkschaften und Handwerkerverbände, die sich mit diesen Dingen zu beschäftigen haben, ist es schwer sich durchzufinden. In der 102. Sitzung des Reichstags hat deshalb der Abgeordnete Schirmer angeregt, es soll von amtlich zuständiger Stelle ein

Leitfaden über die Versorgung der Mannschaften herausgegeben werden, insbesondere für diejenigen, die sich in gemeinnütziger oder berufsmäßiger Weise mit den Angelegenheiten der Mannschaftsversorgung zu befassen haben.

Dieser Anregung wird Folge geleistet. Der Departementsdirektor des Kriegswohlfahrtsamts, General von Langermann, teilte in einem Schreiben an den Abg. Schirmer mit, daß sich ein Merkblatt über Versorgung und dergl. Angelegenheiten in Bearbeitung befinde, welches alle die erwähnten und damit im Zusammenhang stehenden Fragen erschöpfend, aber in gedrängter Kürze und gemeinverständlicher Form behandeln wird. Es soll in der nächsten Zeit gedruckt und alsdann jedem zur Entlassung kommenden Manne kostenlos ausgehändigt werden, um ihm dauernd ein zuverlässiger Ratgeber auf dem Gebiete des Versorgungswesens zu sein. Hunderttausende von Mannschaften und Versorgungsberechtigten werden dem Kriegsministerium für dieses Entgegenkommen dankbar sein.

Aus unserer Industrie.

Freie Fahrt für Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen.

Zur leichteren Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit sind bisher auf den sächsischen, preussisch-hessischen und oldenburgischen Staatseisenbahnen Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die infolge des Herstellungsverbots für Baumwollstoffe arbeitslos geworden sind, bei der ersten Reise von ihrem bisherigen Wohnort nach der neuen Arbeitsstätte, sowie zur Rückkehr von der neuen Arbeitsstätte in die Heimat in vierter Klasse (auf Strecken ohne vierte Klasse in dritter Klasse) unentgeltlich befördert worden. Nach einer neueren Verfügung der beteiligten Staatseisenbahnverwaltungen wird diese Vergünstigung unter den bisherigen Voraussetzungen bis Ende Dezember 1917, längstens jedoch bis einen Monat nach Friedensschluß, weitergewährt.

1823 Prozent Wuchergewinn!

Der Kaufmann Julius Schwarzenberger in Chemnitz hatte einen Posten Kunstseide zu 91 Pfg. das Kilogramm gekauft und ihn zum Preise von 17,50 M. das Kilo weiterverkauft. Die Gewinnsteigerung betrug also 1823 Prozent. In einem zweiten Falle hatte Schwarzenberger 512 Kilogramm schwedische Kunstseide zum Preise von 10,50 M. das Kilogramm gekauft und die Ware zu 19,25 M. für das Kilo weiterverkauft. In diesem Falle betrug der Gewinn 92 Prozent. Der Angeklagte wurde zu 6000 M. Geldstrafe bezw. einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Lohnvereinbarung in der bayerischen Papiergarn-Spinnerei und -Weberei.

Das Kriegsministerium hat mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter Verhandlungen geführt, die zu folgendem Ergebnis führten:

1. Der Stundenverdienst aller Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der Papiergarn-Spinnerei, -Zwirnerei und -Weberei (einschließlich der Herstellung von Papier-Nischgeweben) beschäftigt sind, muß einschließlich Feuerungszulagen und aller sonstigen Bezüge die in der nachfolgenden Staffel angegebene Höhe erreichen.

Altersgrenzen	Ortsklasse I		Ortsklasse II	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
4-16 Jahre	25 Pfg.	25 Pfg.	23 Pfg.	23 Pfg.
6-18 Jahre	38 Pfg.	32 Pfg.	35 Pfg.	29 Pfg.
über 18 Jahre	50 Pfg.	38 Pfg.	47 Pfg.	35 Pfg.

2. Vorstehende Mindestverdienste haben Geltung, soweit nicht schon höhere Verdienste erzielt werden.

3. Bei Leistung von Ueberstunden erhöhen sich die vorstehenden Sätze wie folgt:

bis zu 2 Stunden um 25 Prozent, für jede weitere Stunde sowie für Sonntagsarbeit um 50 Prozent.

4. Die Bestimmungen in Ziffer 3 finden auf die Arbeitskräfte, welche für die Inbetriebsetzung und Inangahaltung des Betriebes nötig sind (Maschinisten, Heizer, Elektromotoren- und Turbinenwärter, Transmissionsöler und ähnliche), keine Anwendung.

5. Wenn die Maschinen während der Arbeitspausen in Betrieb bleiben, muß den sie bedienenden Arbeitern und Arbeiterinnen die Zeit für die Pausen als Arbeitszeit berechnet werden.

Im übrigen gelten Pausen nicht als Arbeitszeit.

6. Für invalide Arbeiter unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung.

7. Zur Ortsklasse I gehören die Betriebe in folgenden Orten bezw. Bezirksämtern:

Ansbach, Augsburg, Bezirksamt Augsburg, Bamberg, Bezirksamt I und II Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Erfenbach-Dampfermühle, Forchheim, Fürth, Hof, Kaiserlautern, Kempten und Bezirksamt Kempten, Lambrecht, Ludwigshafen, München, Nürnberg, Neustadt a. S., Bezirksamt Neustadt a. S., Regensburg, Roth b. Nürnberg, Schwabach, Würzburg.

Alle übrigen Betriebe gehören zur Ortsklasse II.

8. Die Vereinbarungen treten mit der ersten im Monat Juli 1917 beginnenden Lohnperiode in Kraft. Sie gelten bis 3 Monate nach Friedensschluß.

9. Vorstehende Vereinbarungen werden von dem Kriegsamt des Kriegsministeriums allen Arbeitgebern mitgeteilt und die Einhaltung derselben empfohlen.

Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Ludwig Möllers aus Bocholt;

Robert Bullan aus Forst i. Sauf.;

Otto Büß aus Hof das Bayerische Verdienstkreuz III. Klasse mit Schwertern.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

Christian Planken aus Grofrath.

Peter Nöthen aus Euskirchen.

Bernhard Hobling aus Bocholt.

Hermann Menghuis aus Krefeld.

Benedikt Mackes aus Krefeld.

Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Des Kaisers Friedenswille. — In entscheidungsschwerer Stunde. — Uebergangswirtschaft. — Allgemeine Rundschau: Wirtschaftlicher Jugendschutz. — Gewerbliche Betriebszählung. — Ein Merkblatt für Kriegsbeschädigte. — Aus unserer Industrie: Freie Fahrt für Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen. — 1823 Prozent Wuchergewinn! — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unseren Bezirken: Lohnvereinbarungen in der bayerischen Papiergarn-Spinnerei und -Weberei. — Das Eiserne Kreuz. — Sterbetafel.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B.: G. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7.